

# RS Vwgh 1991/3/13 87/13/0196

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 13.03.1991

## Index

22/02 Zivilprozessordnung

40/01 Verwaltungsverfahren

## Norm

ZPO §292 Abs2;

ZPO §292;

ZustG §17 Abs1;

ZustG §17 Abs3;

## Beachte

Besprechung in: ÖStZB 1992, 101;

## Rechtssatz

Ein von einem Postbediensteten ordnungsgemäß ausgestellter Rückschein über die Zustellung eines Poststückes durch Hinterlegung macht als öffentliche Urkunde Beweis über die Rechtswirksamkeit der Zustellung. Es ist Sache des Empfängers, Umstände vorzubringen, die geeignet sind, Gegenteiliges zu beweisen oder zumindest berechtigte Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Zustellvorganges aufkommen zu lassen. Eine stereotyp wiederholte, aber weder zeitlich konkretisierte noch in irgendeiner Weise belegte Behauptung, ortsabwesend gewesen zu sein, genügt hierfür nicht.

## European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:VWGH:1991:1987130196.X02

## Im RIS seit

23.11.2000

**Quelle:** Verwaltungsgerichtshof VwGH, <http://www.vwgh.gv.at>